Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 18,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 268. Mittwoch den 24. September 1884. 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
die An- und Abmeldungen der Fremden betr.

Mit Rücksicht auf den demnächstigen Beginn der **Michaelismesse** bringt das unterzeichnete Amt die nachstehenden Bestimmungen des **Melderegulativs** mit dem Bemerken in Erinnerung, daß die Vernachlässigung dieser Vorschriften Geldstrafe bis zu 50 ℳ oder entsprechende Haftstrafe nach sich zieht.

Zugleich wird bekannt gegeben, daß die Expeditionen der 2. Abtheilung des Meldeamtes (**Reichsstraße Nr. 53**) während der Vorwoche der Messe Vormittags von 7 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 7 Uhr, sowie an den Sonntagen Vormittags von 9 bis 12 Uhr dem Publicum geöffnet sind.

Leipzig, den 20. September 1884.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Dogner, Secr.

Auszug
aus dem **Melderegulativ** der Stadt Leipzig vom 10. October 1883.

§. 11. Jeder in einem **Gasthofe** oder in einem mit **Herbergsberechtigung** versehenen ähnlichen Etablissement einkehrende und über Nacht bleibende Fremde ist vom Gastwirth oder Quartiergeber und zwar, falls er **vor 3 Uhr** Nachmittags ankommt, noch am **Tage der Ankunft**, anderenfalls aber am folgenden Morgen spätestens bis 10 Uhr beim Meldeamt des Polizeiamts, Abth. II, schriftlich mittelst des vorgeschriebenen und für jeden Fremden besonders auszufüllenden Formulars anzumelden. Befinden sich in Begleitung des Fremden Familienmitglieder, Dienerschaft oder sonstige Personen, so sind dieselben auf dem nämlichen Zettel mit zu verzeichnen.

Zugleich mit diesen täglichen Anmeldungen ist auch die Abmeldung der inzwischen abgereisten derartigen Fremden zu bewirken.

§. 13. Die in **Privathäusern** absteigenden Fremden, sogenannte **Besuchsfremde**, sind, sobald sie **länger als 3 Tage** hier verweilen, spätestens am 4. Tage, von erfolgter Ankunft an, vom Quartierwirth beim Meldeamt, Abth. II, oder der betreffenden Polizeibezirkswache mündlich oder schriftlich mittelst des vorgeschriebenen Formulars anzumelden. Bei den etwa in Privathäusern Quartier nehmenden **Meßfremden jedoch hat diese Anmeldung in jedem Falle, auch wenn sie nur eine Nacht hier bleiben, und zwar binnen 24 Stunden von der Ankunft an, beim Meldeamt, Abth. II, zu geschehen.**

In gleicher Weise ist die Abmeldung binnen 3 Tagen, bei **Meßfremden** binnen 24 Stunden von erfolgter Abreise des Fremden oder etwa erfolgter Wohnungsveränderung an zu bewirken.

§. 14. Beabsichtigt ein Fremder **länger als drei Tage** hier zu verweilen, so bedarf er dazu eines für die Zeit des Aufenthalts vom Meldeamt, Abth. II, ausgestellten **Meldescheins**. Nach Ablauf der auf dem Meldeschein bemerkten Giltigkeitsdauer ist, dafern der Fremde noch weiter hier verweilen will, beim Meldeamte um **Verlängerung** des Scheines nachzusuchen.

Die **Quartierwirthe** sind dafür, daß dieser Bestimmung allenthalben nachgegangen werde, **mitverantwortlich**.

Bekanntmachung.

Behufs Besichtigung und eventueller Reparatur des Sohlenpflasters in der Ueberwölbung des **Elstermühlgrabens** wird derselbe **vom 24. bis 30. dss. Mts. abgeschlagen** werden.

Leipzig, den 20. September 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Expeditionslocale des königlichen Standes-Amts und der Casse für die Friedhöfe wird an beiden Stellen

Dienstag, den 23. und Mittwoch, den 24. September, nur Vormittags von 8 bis 11 Uhr expedirt.

Leipzig, den 21. September 1884.

Das königl. sächsische Standes-Amt.

Fernsprechverbindung zwischen Leipzig und Dresden bez. Chemnitz.

Es wird beabsichtigt, die Stadtfernsprecheinrichtung in Leipzig mit den in Dresden und in Chemnitz bestehenden Einrichtungen gleicher Art durch je eine besondere Fernsprechleitung unmittelbar zu verbinden. In die zwischen Leipzig und Dresden herzustellende Verbindungsleitung wird auch Meißen eingeschaltet werden.

Durch Herstellung dieser Verbindungen wird nicht nur den Theilnehmern der Stadtfernsprecheinrichtungen Gelegenheit gegeben, wechselseitig unmittelbar mit einander zu sprechen, sondern auch dem übrigen Publicum die Möglichkeit geboten, von öffentlichen Fernsprechstellen aus mit den Theilnehmern der anderen Städte in Verkehr zu treten.

Die näheren Bedingungen für die Betheiligung an den vorgedachten Verbindungsanlagen können von den Kaiserlichen Telegraphenämtern in Leipzig und Chemnitz gegen Entrichtung des einfachen Briefportos auf schriftlichen Antrag bezogen bez. bei den genannten Aemtern, welche überdies jede gewünschte nähere Auskunft zu ertheilen und schriftliche Erklärungen des Beitritts entgegen zu nehmen beauftragt sind, unentgeltlich in Empfang genommen werden.

Leipzig, den 19. September 1884.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Aufforderung
zur beschleunigten Be- und Entladung der Eisenbahnwagen.

Auf Grund uns zugegangener Mittheilungen sehen wir uns durch den steigenden Verkehr und den dadurch bedingten starken Bedarf an offenen Güterwagen veranlaßt, uns an die Betheiligten mit der Aufforderung zu wenden, in ihrem eigenen Interesse für **möglichst rasche** und regelmäßige Be- und Entladung der Wagen Sorge zu tragen, da sonst bei fortdauernder Verkehrssteigerung, wie sie erfahrungsmäßig um diese Jahreszeit einzutreten pflegt, eine allgemeine Verkürzung der Ladefristen zu befürchten sein würde.

Leipzig, den 22. September 1884.

Die Handelskammer.
A. Thieme, stellv. Vors. Dr. Gensel, S.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der nachgenannten **Utensilien: 1 Kleiderschrank und 5 Tische mit Mahag.-Fournirung, ferner: 4 Schränke, 15 Tische, 6 Tragebretter und 8 Riegel, bzw. mit eisernen Haken**, soll an den Mindestfordernden vergeben werden. Unternehmer haben Bedingungen, Zeichnungen ꝛc. hier einzusehen und Offerten **bis 3. October dss. Jrs. Vormittags 10 Uhr** anher abzugeben.

Leipzig, den 22. September 1884.

Königl. Garnisonlazareth.

Bekanntmachung.

Nachdem am heutigen Tage die bisher in dem Grundstücke Frankfurter Straße Nr. 47 untergebracht gewesene **VII. Polizei-Bezirkswache** von dort nach dem Grundstück **Lessingstraße Nr. 29** (Ecke der Frankfurter- und der Lessingstraße) verlegt, gleichzeitig aber auch die bisher während des Tages in dem **Wachhäuschen am Fleischerplatz** eingerichtet gewesene Filial-Polizeiwache aufgehoben worden ist, wird Solches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Leipzig, am 23. September 1884.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider.

Auction.

Donnerstag, den 25. September d. J., Vormittags 10 Uhr soll im Auctionslocale des Königlichen Amtsgerichts hier 1 eiserner Geldschrank, 1 Pianino, 1 Drehbank, 1 Kronleuchter, verschiedene Ladentafeln und Ladenregale, Oelgemälde, 9 Dutzend gestempelte Spielkarten, 1 Singer- und 1 Schuhmacher-Nähmaschine, künstliche Blumen- und Blattpflanzen, Filz- und andere Schuhwaaren, 1 Säbel, 1 Brückenwaage, 1 Handwagen, 1 Partie Möbel, darunter Schreib- und Kleidersecretaire, Verticows, Sophas, Fauteuils, Commoden, Tische, Stühle, Pfeiler- und andere Spiegel, 1 Silber- und 1 Wäscheschrank, Bettstellen, Betten und Matratzen, 1 Partie Kleidungsstücke und verschiedene andere Gegenstände meistbietend gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, am 20. September 1884.

Haubrug, Gerichtsvollzieher.

Nichtamtlicher Theil.

Der Belagerungszustand in Kroatien.

* Scheinbar bieten die Zustände und Verhältnisse Kroatiens für Deutschland nur geringes Interesse. Der weitblickende Politiker wird sich jedoch nicht verhehlen können, daß in jenem südslawischem Lande schon seit längerer Zeit eine Bewegung im Zuge ist, die aus mancherlei Gründen nicht unterschätzt werden darf.

Zu diesen gehört vor Allem die Thatsache, daß die kroatische Bewegung in erster Linie gegen die bisherige Verbindung Kroatiens mit Ungarn und gegen den Magyarismus überhaupt Front macht, der nicht allein in Kroatien, sondern im ganzen slawischen Südosten viele unversöhnliche Gegner zählt. Dieser Charakter der Bewegung, die seit einiger Zeit eine sehr hochgehende ist, übt selbstverständlich seine Rückwirkung auf Ungarn, besonders den officiellen omnipotenten Pester Magyarismus und von dort auf die Wiener Regierungskreise aus, die, wohl oder übel, Herrn v. Tisza in seinen Rächen Handlangerdienste leisten müssen. Was aber bei der kroatischen Bewegung ganz besonders ins Gewicht fällt, ist der Umstand, daß sie mit der allgemein südslawischen auf der Balkanhalbinsel in directer Zusammengehörigkeit steht. Das ist auch jedenfalls für westeuropäische Politiker ein nicht zu unterschätzendes Merkmal, weil bekanntlich die südslawische Bewegung auf der Balkanhalbinsel und ihre Verzweigungen ein europäisch-politisches Interesse ersten Ranges einnehmen. Dieses wird höchst wahrscheinlich noch längere Zeit währen, bis eben die noch vorhandenen politischen Fragezeichen auf der Balkanhalbinsel endgiltig und befriedigend beantwortet sein werden. Das sind also gewiß laute Gründe, welche die kroatische Bewegung in sehr greifbarer Weise aus ihrem localen Rahmen heraustreten lassen.

Wir hatten schon früher Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß die für den Monat September ausgeschriebenen kroatischen Landtagswahlen die in Agram und im ganzen Lande gegen den Magyarismus sich kundgebende Bewegung noch bedeutend verschärfen dürften. Diese, auf unsere Kenntniß von Land und Leuten gestützte Voraussicht hat sich vollkommen bestätigt. Gelegentlich der gegenwärtig stattfindenden Landtagswahlen stehen sich in Agram und ganz Kroatien die politisch-nationalen Parteien schroffer denn je gegenüber. Für den Fernerstehenden kann die Haltung und die Bestrebungen der Parteien Kroatiens in wenige Worte zusammengefaßt werden. Ungarn und sein leitender Minister, Herr von Tisza, vermag in Kroatien nur durch den dortigen Adel zu regieren, wie dieser überhaupt das einzige Element ist, auf welches sich bisher der gewaltthätige Magyarismus zu stützen vermochte. Diese kroatisch-ungarische Adelspartei, im Lande unter der Bezeichnung „Magyaronen“ bekannt, ist indeß in den Kreisen der kroatischen Intelligenz, des ziemlich entwickelten Bürgerthums und des Landvolkes auf das Tiefste verhaßt. Alle diese Kreise wollen von dem Magyarismus durchaus nichts wissen und streben deshalb die völlige Trennung Kroatiens von Ungarn an. In dieser Trennung und in der Vereinigung Kroatiens mit Bosnien, Dalmatien und der Herzegowina zu einem autonomen, direct unter der Krone Oesterreichs stehenden Königreiche, an das sich selbst die slowenischen Landestheile Cisleithaniens anschließen sollen, gipfelt das Hauptziel der entschieden kroatischen Nationalpartei, die im Lande jedenfalls die weitaus überwiegende Mehrheit besitzt. Wie unter solchen Verhältnissen die an Zahl sehr geringe kroatisch-magyarische Adelspartei sich bisher in der kroatischen Landesregierung und im Landtage noch zu behaupten vermochte, ist allerdings ein Räthsel, das indeß Herr v. Tisza in Pest und seine mit „heidenmäßig“ viel Geld ausgerüsteten Wahlagenten wohl lösen könnten. Ueberhaupt wird bei den kroatischen Wahlen genau nach der in Ungarn üblichen Schablone verfahren, und so ist es kein Wunder, daß die Meinung der eigentlichen Volksmehrheit niemals zum Ausdruck gelangt. Diese im großen Stile organisirte Corruption und Wahlbeeinflussung hat die kroatisch-slawische Nationalpartei nachgerade, und zwar nicht mit Unrecht, in einen Grad von Entrüstung und Erbitterung versetzt, der Ausschreitungen und Tumulte, wie sie jüngst zu Ende der abgelaufenen Session des kroatischen Landtages vorgekommen, wenn auch nicht entschuldigt, so doch einigermaßen erklärlich macht.

Die Neuwahlen für den am 30. dss. zusammentretenden Landtag sind nun in ganz Kroatien beendet, aber in welcher Stimmung und unter welchen Verhältnissen? — Während in Agram selbst, in Folge der aufgebotenen Militairmacht, die Wahlen ziemlich ruhig verliefen, kommen jetzt von verschiedenen Seiten Meldungen über Ausschreitungen nach den Wahlen. Den „Narodne Novine“ wird aus Zengg über terroristische Gewaltthätigkeiten berichtet, denen die dortigen Magyarenfreunde, welche die Candidatur des Ministers Bedekovitsch befürworteten, ausgesetzt sind. Man rief ihnen auf der Straße zu: „Den Strick für die Magyaronen!“ „Nieder mit ihnen!“ Man droht ihnen, sie durchzuprügeln, ja zu erschlagen; man bringt ihnen Katzenmusiken, schlägt ihnen die Fenster ein, zerstört in ihren Häusern, was nicht niet- und nagelfest ist. Hausbesitzer sammt ihren Familien müssen flüchten, weil sie bei all diesen Excessen ohne Schutz sind. Aus Sunja wird berichtet, daß die von den Startschewitsch aufgehetzten Bauern der heimkehrenden Wahlcommission den Weg versperrten, indem sie fünf Wagen quer über die Straße postirten; eine Gendarmerie-Patrouille befreite die Commission. Dabei kam es zu einem förmlichen Gefechte, wobei ein Gemeindebeamter tödtlich, einige andere Personen leicht verwundet wurden. Die Bauern waren gut mit Waffen versehen, von denen sie offenbar bei der Wahl Gebrauch machen wollten; das anwesende Militair scheint sie jedoch hiervon abgebracht zu haben. Auch in Agram kamen wieder Excesse vor. Einem Magyaronen wurden die Fenster eingeworfen, Solche und Beamte, welche für die Regierungs-Candidaten gestimmt hatten, wurden auf der Straße insultirt. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen und starke Militair-Patrouillen durchziehen die Stadt. Weiter wird aus Agram gemeldet, daß in der Redaction des entschieden ungarfeindlichen Blattes „Sloboda“ (Freiheit) eine polizeiliche Durchsuchung vorgenommen wurde; der Redacteur, Krajatsch, wurde verhaftet.

Alle kroatischen Blätter beschäftigen sich natürlich mit dem Ausfall der Wahlen. Die „Narodne Novine“ und die „Agramer Zeitung“ constatiren mit Genugthuung, daß die Nationalpartei jetzt ohne die Virilstimmen eine Zweidrittel-Majorität im Landtage besitzt. Der „Pozor“ verhält sich resignirt und läßt blos Schadenfreude durchblicken über die Verlegenheit, welche die Anhänger Startschewitsch's der Landtags-Majorität bereiten werden. Die „Sloboda“ triumphirt über die Niederlagen einzelner hervorragender Mitglieder der gemäßigten Opposition und über die Thatsache, daß die radicale Gruppe im ganzen Lande festen Fuß gefaßt habe.

Aber das ist noch lange nicht Alles, denn schließlich meldet eine Agramer Depesche vom 22. ds., daß über Agram der Belagerungszustand verhängt wurde, weil dort die Erbitterung gegen die Magyarenfreunde eine grenzenlose ist. Das Journal „Sloboda“ wurde unterdrückt und nach Zengg ein Regierungscommissar mit einer starken Militairabtheilung entsendet.

Das ist nunmehr, in einem verhältnißmäßig kurzen Zwischenraume, die zweite Verhängung des Belagerungszustandes über Agram. Nur durch diesen kann sich der dortige Magyarismus noch erhalten!

Leipzig, 24. September 1884.

* Immer mehr hört man Klagen über den Mangel einer bestimmten Stellungnahme der Reichsregierung zu den bevorstehenden Wahlen. Inzwischen läßt sich dieser Mangel leicht genug erklären. Auf einzelnen Gebieten sind die Ziele der Regierung so allgemein bekannt, daß jede weitere programmatische Kundgebung überflüssig sein würde. Das gilt z. B. von den auswärtigen Angelegenheiten, von den Colonialbestrebungen, von der Socialpolitik. In Bezug auf letztere würde ein eingehenderer Plan darüber, wie sich die Regierung das weitere Vorgehen denkt, allerdings sehr erwünscht sein; aber es liegt nur zu klar zu Tage, daß man in den gouvernementalen Kreisen selbst über den nächsten Schritt, die Alters- und Invalidenversorgung, noch nicht zu einem einigermaßen sicheren Abschluß gekommen ist. Man muß sich hier damit begnügen, daß über die allgemeine Richtung der Bismarck'schen Socialpolitik kein Zweifel mehr sein kann, und demgemäß sein Verhalten gegenüber derselben einrichten. Dagegen giebt es andere Gebiete, auf welchen die Absichten der Regierung weniger erkennbar sind. So ist es z. B. eine sehr naheliegende und berechtigte Frage, ob man die wiederholten Versuche einer Beschränkung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichstags, bezw. der Wähler auch in der kommenden Legislaturperiode wieder aufnehmen will. Da an den betreffenden Gesetzentwürfen eigentlich keine Partei ein besonderes Wohlgefallen gezeigt hat, so kann man freilich als wahrscheinlich annehmen, daß sie, einstweilen wenigstens, ruhig bei den Acten liegen bleiben werden. Ganz unklar aber ist das Verhalten der Regierung zu den aus dem Reichstage selbst hervorgehenden Rückschrittsbestrebungen. Eine Aufklärung in dieser Beziehung ist um so weniger zu erwarten, als die Regierung auch in den betreffenden parlamentarischen Verhandlungen der letzten Jahre einen festen Standpunct niemals eingenommen hat. Sie hat im Allgemeinen dem Rückschritt gegenüber eine Art wohlwollender Neutralität beobachtet; nur in verhältnißmäßig untergeordneten Puncten hat sie sich zu wirklichen Zugeständnissen herbeigelassen um Conservative und Centrum willfährig für die Regierungspolitik im Allgemeinen zu machen. Kein nüchterner Beurtheiler kann sich darüber wundern, wenn jetzt die „Nordd. Allg. Ztg.“ ganz in derselben Weise die „strengen“ Conservativen und namentlich das Centrum warm zu halten versucht. Man kann ja der Ansicht sein — und es läge auch offenbar in der Logik der Verhältnisse — daß dem Reichskanzler eine conservativ-nationalliberale Mehrheit lieber sein würde, als eine conservativ-ultramontane; aber so lange er die erstere nicht hat, wird er die letztere nicht leichthin aus der Hand geben. Wir zweifeln gar nicht daran, daß Fürst Bismarck über die absolute Unvereinbarkeit des Ultramontanismus sowohl als des feudalistischen Rückschritts mit dem Geiste des neuen deutschen Reiches ebenso denkt wie wir; aber während wir beide offen und mit aller Kraft bekämpfen, glaubt er stark genug zu sein, sie zugleich benutzen und doch unschädlich machen zu können. Wer demnach etwa erwartet hätte, daß Fürst Bismarck jetzt offen gegen Centrum und extrem Conservative Partei ergreifen und mit dem ganzen Gewichte seiner Persönlichkeit für die Wiedererstarkung des Nationalliberalismus eintreten würde, der würde eine sehr thörichte Rechnung angestellt haben. Wir unsererseits haben von der Reichsregierung für den gegenwärtigen Wahlkampf nichts erwartet, und verlangen nichts weiter, als volle Unparteilichkeit. Das Vertrauen auf den Sieg unserer Sache gründet sich nicht auf die Gunst einzelner Staatsmänner, sondern auf die innere Nothwendigkeit, mit welcher unser nationaler Staat auf eine parlamentarische Mehrheit der gemäßigten Parteien angewiesen ist, wenn er überhaupt von Dauer sein soll.

* Ueber die General-Versammlung des deutschen Colonialvereins in Eisenach, über welche wir an anderer Stelle weiter berichten, äußert sich eines der angesehensten hanseatischen Blätter, die „Hamburger Börsenhalle“, wie folgt:

Ruft man sich die im Laufe der letzten beiden Jahre in Angelegenheiten der colonialen Agitation gehaltenen Versammlungen ins Gedächtniß zurück, so kann man nicht umhin, einen inzwischen eingetretenen und in der gestrigen Versammlung zum Ausdruck gekommenen Fortschritt zu constatiren. Wir finden diesen weniger in der stattgehabten Vermehrung der Mitgliederzahl und damit auch der Agitationsmittel, als in der größeren Ruhe und in dem vermehrten Gefühle der Verantwortlichkeit, wie sie sich gestern ausprägten. Herr Ad. Woermann traf den Nagel auf den Kopf, als er gegen Schluß seiner Rede auf die Nothwendigkeit hinwies, vom Reden nicht nur zu Thaten, sondern auch zu praktischen Thaten überzugehen. Auch in früheren Versammlungen hat sich gelegentlich so eine Art dunklen Thatendranges gezeigt, weil man sich sagen mußte, daß man mit „stürmischem Beifall“ und „jubelnder Zustimmung“ allein keine Colonien gründet, mochte auch der das Thema behandelnde Vorredner noch so „schwungvoll“ gesprochen haben. Aber dabei war es immer geblieben, sintemal keiner der vielen Redner bisher anzugeben vermocht hatte, was denn nun eigentlich zu thun sei. Inzwischen aber hatte man von anderer Seite gehandelt und, was eben so viel Eindruck gemacht hatte, es war bekannt und allmälig gewürdigt worden, daß und was die hanseatischen Kaufleute, die eine Zeit lang in denjenigen Kreisen, welchen die Agitation für deutsche Colonialpolitik entsprungen war, gar nicht besonders in Gunst standen, gethan hatten, um die Möglichkeit einer deutschen Colonialpolitik vorzubereiten. Zur Gründung von Colonien gehört zuerst das Land, das nicht nur an sich dazu geeignet, sondern auch noch dazu frei sein muß, zweitens die Aufwendung erheblicher Mittel, drittens eine Gleichgiltigkeit gegen Lebensgefahr, die nicht Jedermanns Sache ist, und viertens klarer Blick und Ausdauer, ohne welche Eigenschaften das Vorhandensein der drei erstgenannten Bedingungen vielleicht genügen zur ersten Inangriffnahme des schwierigen Werkes, aber nicht dazu, das dauernde Gedeihen desselben zu sichern. Bisher haben diese Arbeiten des hanseatischen Kaufmannstandes ganz überwiegend zum Aufschwunge und zur Ausdehnung fremder Colonien beigetragen, einmal, weil die bewohnte Erde zum großen Theil bereits von anderen Nationen in Besitz genommen war, zum Anderen, weil bis vor Kurzem der deutsche Kaufmann im Auslande bei seiner Regierung nicht die Bereitwilligkeit gefunden hatte, ihm den zur Förderung und energischen Durchführung seiner Unternehmungen erforderlichen Schutz angedeihen zu lassen. Wenn es die Agitation des deutschen Colonialvereins gewesen ist, welche die in dieser Beziehung eingetretene erfreuliche Sinnesänderung der Reichsregierung herbeigeführt hat — was wir allerdings kaum glauben — so hat er sich ein bedeutendes Verdienst erworben, und wir stimmen ihm vollkommen zu, wenn er am Schluß der ersten, gestern von der Generalversammlung angenommenen Resolution die persönliche Erwartung ausdrückt, daß die Reichsregierung bei weiterem thatkräftigen Vorgehen auf die volle Unterstützung der Nation werde rechnen können. Damit ist die Sache auf den richtigen Weg gebracht: die Kaufleute bahnen mit eigenem Risiko den Weg, die Reichsregierung gewährt ihnen dabei denjenigen Schutz, auf welchen sie als Reichsangehörige begründeten Anspruch haben, und das Volk möge dann Beifall spenden, so weit die Sache den jetzt gehofften fröhlichen Fortgang nimmt. Ob dieser beifällige Enthusiasmus auch dann noch vorhalten wird, wenn ernste Hindernisse sich in den Weg legen, deren Ueberwindung nicht ohne Opfer abgeht, wollen wir hoffen, ohne uns jedoch fest darauf zu verlassen, namentlich bei Solchen, welche, wie einer der Redner es deutlich ausdrückte, ihren frohen Erwartungen dadurch Ausdruck geben, daß sie jeden Morgen zuerst in der Zeitung nachsehen, ob inzwischen nicht wieder etwas Neues annectirt ist.

Besonders erfreut sind wir über den Fortschritt, welchen die gestrige Versammlung in der Behandlung der Postdampfschiff-Subventions-Frage zeigte. Daß sie eine Wiedereinbringung der Vorlage empfehlen würde, war selbstverständlich, aber sie verlangte eine Subventionirung von Seiten des Reiches doch nur in Fällen, wo solche Dampfschiffslinien ohne öffentliche Unterstützung zur Zeit nicht in einem, den deutschen Interessen entsprechenden Maße eingerichtet werden können. Danach hätte also die Discussion sich fernerhin auf den Nachweis des vorhandenen Bedürfnisses und seines Umfanges zu erstrecken, und auf diesem Gebiete wird man sich verständigen können. Daß wir unsererseits auch die Prüfung der Frage verlangen, ob und inwieweit die vorgeschlagenen Maßregeln geeignet sind, dem nachgewiesenen Bedürfnisse zu entsprechen, werden hoffentlich auch die leitenden Kreise des Colonialvereins als berechtigt anerkennen. Innerhalb dieser Grenzen hat sich unsere Kritik der dem Reichstage vorgelegten Vorlage bewegt und würde sich einer neuen Vorlage gegenüber wiederum halten. Der Schlußsatz der zweiten gestrigen Resolution, wonach die Generalversammlung sich der Zuversicht hingiebt, daß eine erneute Vorlage allseitige Zustimmung und Annahme finden werde, wird deshalb auch nicht so gemeint sein können, daß eine unveränderte Wiedereinbringung des nicht zur Erledigung gelangten Gesetzentwurfs befürwortet wird, sondern nur eines solchen, in welchem die seiner Zeit gemachten sachlichen Einwendungen entsprechende Würdigung erfahren haben. In dieser Voraussetzung stimmen auch wir der Resolution zu.

* In Dortmund hat am Sonntag ein sehr zahlreich besuchter nationalliberaler Parteitag der Provinz Westfalen stattgefunden, der einen sehr glänzenden und erhebenden Verlauf nahm. Unter lebhaftestem Beifall sprachen die Herren Schmieding, Dr. Natorp, vom Heede, von Eynern, Jerusalem. Die Abgg. Louis Berger und Löwe-Bochum hatten Zustimmungsschreiben eingesandt, worin die Nothwendigkeit der Bildung einer großen liberalen Mittelpartei anerkannt wurde.

* Auch die freiconservative deutsche Reichspartei tritt jetzt mit ihrem Wahlaufruf hervor. Es ist im Allgemeinen über derartige Manifeste wenig zu sagen, sie sind meist so allgemein gehalten, daß sie jede Partei unterschreiben könnte. Es kommt eben Alles darauf an, mit welchem concreten Inhalt sich später diese allgemeinen Sätze füllen. Der vorliegende Wahlaufruf zeichnet sich durch seine warme patriotische Sprache und besonnenes Maßhalten aus; nirgends kann man den hier vorgetragenen Anschauungen den Vorwurf reactionärer Bestrebungen machen. Es freut uns namentlich, den Satz zu lesen: „Die deutsche Reichspartei hat in den für sie schwierigsten Zeiten die Ueberzeugung hochgehalten und allen Angriffen von rechts und von links gegenüber vertheidigt, daß durch kräftige Mittelparteien das ruhige Erstarken und Gedeihen des jungen Reiches bedingt ist. Wir begrüßen daher mit Genugthuung, daß in den benachbarten und befreundeten Parteien die gleiche Auffassung mehr und mehr an Boden gewinnt.“ Die freiconservative Partei unterscheidet sich mit dieser Auffassung der politischen Situation und dessen, was zu ihrer Besserung noth thut, vortheilhaft von den Extremconservativen, vor deren Bestrebungen neulich auch Herr von Bennigsen gewarnt.

* In seiner Sonntagsnummer kommt das officiöse „Wiener Fremdenblatt“ nochmals auf die Kaiserbegegnung in Skierniewicze zurück und führt in einer längeren Betrachtung über dieses bedeutsame historische Ereigniß u. A. Folgendes aus:

Ganz im Einklange mit den Ausführungen ernster russischer Regierungsorgane scheint uns die Zusammenkunft in Skierniewicze nichts Neues geschaffen, wohl aber das bereits Vorhandene zu weit.

SLUB
Wir führen Wissen.